Margit Mayer

Lokale Politik und Bewegungen im Kontext der Globalisierung

Die sich intensivierende Globalisierung der letzten Dekaden hat, neben vielen Veränderungen, auch Urbanisierungsmuster verändert und dadurch neue Bedingungen für lokale politische Praktiken gesetzt. Die neue städtische Hierarchie, die sich inzwischen im Weltmaßstab herausgebildet hat, bedeutet eine stärkere Ausdifferenzierung verschiedener städtischer Funktionen und führt dazu, dass auch Lebensbedingungen, Konfliktstrukturen und Entwicklungsoptionen von Städten auf den verschiedenen Hierarchie-Ebenen viel stärker variieren als noch in der fordistischen Phase. So unterscheiden sich die Urbanisierungsmuster an der Spitze der Hierarchie, in den so genannten Global Cities, grundlegend von denen mittelgroßer, kleinerer oder stärker von den globalen Verflechtungsprozessen abgekoppelten Orten. Aber auch unterhalb dieser Spitze der Hierarchie bilden sich als Resultat spezifischer transnationaler Verflechtungsprozesse neue Ungleichheiten sowie neue (ungleiche) Handlungsmöglichkeiten heraus. Während die Stadtforschung mit unterschiedlichen Ansätzen daran gegangen ist, diese sich ausprägenden Strukturdifferenzen innerhalb des Städtesystems zu analysieren,[1] widmet sich dieser Beitrag vor allem der Frage, wie städtische Konflikte und Handlungsspielräume unter diesen globalisierten Bedingungen zu interpretieren sind. Die Forschung hierzu ist noch gering entwickelt. Wir wissen einiges über die Effekte der mehr und mehr global ausgetragenen Städtekonkurrenz auf das Feld lokaler Politik (vgl. Marcuse/van Kempen 1999; Sassen 1994). Aber wir wissen wenig über die Formen politischen Konflikts, über die Interaktionen zwischen lokalen Eliten und sozialen Bewegungen oder die Rolle der Bewegungen in der Herausbildung des jeweiligen Urbanisierungstyps. Wie agieren lokale Akteure in den heutigen, global konkurrierenden Städten, und welche Chancen haben sie, die Politikformen und Gestalt ihrer jeweiligen Stadt (mit) zu beeinflussen?

Die vielfältigen lokalen Auseinandersetzungen, die in Reaktion auf oder in Auseinandersetzung mit diversen Globalisierungsprozessen entstanden sind, haben sich in ganz unterschiedlichen Forschungszusammenhängen niedergeschlagen:

- Bereits seit den 1980er Jahren beschäftigt sich ein Strang der Internationalen Studien mit Reaktionen lokaler Bürgerbewegungen auf globale Bedrohungen und Zudringlichkeiten (z.B. Alger 1988; Brecher/Costello 1994; Friberg/Hettne 1988).
- Die Bewegungsforschung begann in den 90er Jahren, die Veränderungen in den Beziehungen zwischen globalen und lokalen Kräften zu analysieren, indem sie die sich neu bildenden transnationalen NGOs und grenzüberschreitenden sozialen Bewegungen sowie Diffusionsprozesse zwischen verschiedenen nationalen/lokalen Bewegungen und die zwischen ihnen entstehenden Netzwerke untersucht (Smith u.a. 1997; Keck/Sikking 1998; della Porta u.a. 1999).
- Der Großteil der städtischen Bewegungsliteratur nahm lokale Bewegungen in diesem Kontext zwar als stark zunehmende, jedoch letztlich „machtlose Akteure

im Kontext weltweiter *Empire* und computerisierter Bürokratien" wahr (Castells 1993, S. 329; s. auch Pickvance 1995; Fainstein/Hirst 1995).

- Die Forschung in der *Community*-Tradition (Kling/Posner 1991) reflektiert die Transformationen lokaler Mobilisierung im Gefolge der Globalisierung in einer Unzahl von Studien, die ihre fortdauernde Vitalität betonen - jedoch keine systematischen Verknüpfungen zwischen dem Aufblühen lokaler *grassroots*-Mobilisierungen und globalen Restrukturierungsprozessen ausmachen (z.B. Fisher/Kling 1993).
- Auch die in den angelsächsischen Ländern umfangreiche Forschung zu Quartiersentwicklung und nachbarschaftlicher Gemeinwesenarbeit dokumentiert wichtige Veränderungen, diskutiert sie jedoch eher im Kontext neoliberaler Strategien denn als Konsequenzen von Globalisierung und intra-urbaner Konkurrenz (z.B. Keating u.a. 1996).

Diese unterschiedlichen Ansätze erlauben uns zwar einigen Einblick in neue Formen lokaler Politik und lokaler Bewegungen[2], die ein wachsendes Bewusstsein davon haben, dass ähnliche Kämpfe und Auseinandersetzungen an Orten rund um den Globus und neue transnationale Räume für Politik entstanden sind. Systematische Verbindungen zwischen der Entwicklungsdynamik städtischer Politik und Bewegungen einerseits und Globalisierungsprozessen andererseits werden jedoch kaum ersichtlich. Lediglich für Politik und Bewegungen in der Global City, welche direkt in den globalen Kreislauf des Kapitals integriert ist, werden solche kausalen Verbindungen diskutiert. So beschreibt bspw. Sassen (1998) solche Städte als Orte einer neuen Grenzziehung: Konflikte und Auseinandersetzungen, die vormals in den Kolonien ausgetragen wurden, finden jetzt in den Global Cities des entwickelten Nordens statt.

Global Cities werden hier als Austragungsort der heutigen post-kolonialen Kämpfe dargestellt: zwischen der aufgewerteten/überbewerteten neuen transnationalen sog. „professionellen" Klasse auf der einen Seite und der abgewerteten und unterbezahlten ImmigrantInnen- bzw. Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Erstere implementiert das globale *corporate project* und stellt die „neuen Stadt-NutzerInnen", welche die Stadt als transterritoriale Umgebung behandeln, während letztere die materiellen Voraussetzungen für diese machtvolle Unternehmenswelt bereitstellt. Die Konzentration dieser (transnationalen) „DienerInnen" in den Global Cities erlaube ihnen eine strategische Position - eine Position, die sie in untergeordneten Städten niemals einnehmen könnten. Diese strategische Präsenz, so unterstellt Sassen, übersetze sich in die Möglichkeit, Ansprüche an die Stadt zu richten und erlaube diesen Akteuren, die Bedingungen ihrer Machtlosigkeit zu dekonstruieren und eine Politikform zu entwickeln, die ihnen nicht nur Sichtbarkeit verleiht, sondern obendrein das Projekt der globalen Eliten herausfordern könnte.

Indem diese Analyse städtische Konflikte und Bewegungen im Kontext des entstehenden Rasters strategischer Orte platziert, welches eine „neue Geografie von Zentralität" konstitutiert (und sowohl nationale Grenzen als auch die alte Spaltungslinie zwischen Nord und Süd durchkreuzt), kann sie eine systematische Verknüpfung zwischen den Funktionen und Aktivitäten, die für solche Orte charakteristisch sind,

und den Themen und Akteuren heutiger städtischer Bewegungen identifizieren. Das Beispiel von New Yorks Finanzsektor zeigt, dass 50% seiner Arbeitskräfte Büro- und andere einfache Angestellte (vor allem in der Gebäudewartung und -reinigung) sind, die sich aus gering qualifizierten ImmigrantInnen und ArbeiterInnen zusammensetzen. Diese Art Dienstleistungsjobs und die neue informelle Ökonomie seien ebenso konstitutiv für die globale Wirtschaft wie die transnationalen Bewegungen „von unten", die zunehmend in diesen Städten Präsenz gewinnen.

Dieser Ansatz ist also sehr hilfreich zum Verständnis von Globalisierung als Katalysator für neu entstehende politische Praktiken auf städtischer Ebene; er bleibt jedoch in zweifacher Hinsicht defizitär. Zum einen bietet er keinen analytischen Raum für die Rolle, die (unterschiedliche) politische Strategien für die Herausbildung der neuen städtischen Spaltungslinie spielen. Zum andern behandelt er den für so wichtig erachteten post-kolonialen Kampf als *black box*, d.h. er thematisiert nicht die tatsächliche Arbeit der Akteure und Organisationen, die die nun zunehmend vernehmbare „Stimme" vor Ort produzieren. Eine genauere Analyse der hier entstehenden Infrastrukturen würde allerdings (s.u.) ein komplexeres und auch widersprüchlicheres Bild ergeben, als es der von Sassen unterstellte Gegensatz von urbaner *glamor zone* versus urbaner *war zone* nahe legt.

Das erstgenannte Defizit könnte durch eine stärker politökonomisch orientierte Analyse adressiert werden, die konkrete, unterschiedliche Varianten von Policies untersucht, mit denen (globale) Städte auf die zunehmende ungleiche Entwicklung, Marginalisierung und Armut reagieren. Egal ob in der Wohnungspolitik, Stadtentwicklung oder kommunalen Sozial- und Beschäftigungspolitik, ein Ergebnis wäre mit Sicherheit, dass solche Policies zwar zunehmend lokal implementiert werden, jedoch nach wie vor von nationalen Regimen abhängen - wobei signifikante Unterschiede auftreten. Während breiter Konsens über die Tatsache herrscht, dass die sog. Erste-Welt-Länder sich allesamt von fordistischen Wohlfahrtsmodellen (von denen „nur" ImmigrantInnen und, in unterschiedlichem Maße, Frauen ausgeschlossen waren) weg- und zu einer neuen strukturellen Gesellschaftsspaltung hin bewegen - einer Spaltung zwischen produktivem Kern und „überflüssigen" Rändern -, so macht es doch einen Unterschied, in welchem nationalen oder regionalen Kontext sich dieser Übergang abspielt. So bieten angelsächsische neoliberale Umgebungen (wie Großbritannien, die USA oder Kanada) städtischen Bewegungen völlig andere Bedingungen als ein sozialdemokratisches oder korporatistisches Umfeld (wie skandinavische Länder oder die Niederlande). Für die Gelegenheitsstrukturen städtischer Bewegungen ist es äußerst wichtig, ob der Übergang vom Sozialstaat zum *workfare state* (der in der Tat überall zu beobachten ist) in Richtung Auflösung von Lohnarbeit als solcher erfolgt[3] oder ob er die Entstehung akzeptabler Formen einer sozialen Ökonomie erlaubt, deren Arbeitsbedingungen, Produktpalette und Mitbestimmungsmöglichkeiten positiv sein können. Da die Globalisierung sich mittels unterschiedlicher lokaler Kämpfe und Auseinandersetzungen durchsetzt, es keinen einheitlichen Wettlauf zum niedrigstmöglichen Standard gibt, muss die Analyse des Übergangs zu neuen städtischen Spaltungsmustern durch (komparative) Studien ergänzt werden,

die pfadabhängige politische Entwicklungen berücksichtigen und ihre je unterschiedlichen Chancen und Gelegenheiten erforschen.

Das zweitgenannte Defizit könnte mit einem auf die Untersuchung von Bewegungsmilieus gerichteten Ansatz angegangen werden, wie er von Melucci und anderen (Melucci 1984, Roth 1994b) entwickelt wurde, um die Komplexität lokaler Konflikte in den Griff zu bekommen. Wenn wir so die *black box* der „städtischen Kriegszone" auspacken, erhalten wir mehr als das vage Konzept einer „Präsenz der Marginalisierten". Stattdessen finden wir eine komplexe Infrastruktur von Akteuren und Einrichtungen, die dem in der Global City ausgetragenen post-kolonialen Kampf spezifische Kontouren geben.

Im Rahmen dieses Beitrags können diese forschungsstrategisch notwendigen Schritte nicht systematisch umgesetzt werden. Insbesondere eine komparative Untersuchung stadtpolitischer Strategien bleibt nach wie vor ein Desiderat. Durch ein Zusammenführen von stadttheoretischen Arbeiten und solchen aus der Bewegungsforschung soll hier aber eruiert werden, inwiefern die Herausbildung neuer und ungleicher Urbanisierungsmuster Konsequenzen für das Handlungsrepertoire, die Organisationsweisen und die Erfolgschancen von lokalen politischen Akteuren hat. Gleichzeitig könnte das Wissen um die Dynamik aktueller sozialer Bewegungen im städtischen Raum Licht auf den Produktionsprozess der neuen globalisierten Stadttypen werfen, die sich schließlich in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozessen zwischen globalen und lokalen Akteuren herausbilden. In einem ersten Schritt (und um die Produktivität dieser Verknüpfung zu verdeutlichen) beginnt dieser Beitrag damit, einige der markanten zeitgenössischen Bewegungen, die sich zu städtischen Problemen und in städtischen Konflikten äußern, auf lokale Politikformen zu beziehen, die sich im Zuge der Globalisierung qualitativ gewandelt haben.

Die aktuellen städtischen Bewegungen haben wenig gemein mit ihren Vorläufern aus den 1970er und 80er Jahren, die - überall in der westlichen kapitalistischen Welt - im Kontext einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung standen und geprägt waren von Auseinandersetzungen um städtische Infrastruktur („kollektiver Konsum"), Stadterneuerung und Wohnungskämpfe (vgl. Mayer/Roth/Brandes 1978). Heutige städtische Bewegungen sind heterogener und vielfältiger. Es gibt keine eindeutige Vorherrschaft eines bestimmten Bewegungstyps unter ihnen, und die Themen und Auseinandersetzungen in den Metropolen sind andere als in Kleinstädten. Diese Veränderungen, die sich seit den 90er Jahren vollzogen haben, d.h. vor allem die Ausdifferenzierung der Bewegungen in ganz unterschiedliche und auch widersprüchliche Arten von Bewegungen, werden hier interpretiert im Kontext der städtischen Umstrukturierungsprozesse und der Transformation des lokalen Staates, weil diese Prozesse strukturell neue Konfliktlinien hervorgebracht haben, auf die lokale AktivistInnen und Bewegungen reagieren bzw. in die sie zu intervenieren versuchen.

Im Folgenden diskutiere ich deshalb einerseits die Veränderungen in der lokalen Politik, die im Kontext der Globalisierung ausgemacht werden, und ordne diesen andererseits die heute aktiven städtischen Bewegungen zu, um anschließend sich

daraus ergebende Handlungsoptionen und strategische Implikationen für lokale Akteure zur Diskussion zu stellen.

Neue Trends in der lokalen Politik und oppositionelle Bewegungen

Die jüngere stadtpolitische Forschung identifiziert auf der Ebene lokaler Politik insbesondere drei neue Trends, die als Reaktion auf die Globalisierungsprozesse identifiziert werden können und die ihrerseits die Chancenstruktur aktueller städtischer Bewegungen mit bestimmen: die neuen kompetitiven Formen der Stadtentwicklung; die Erosion traditioneller wohlfahrtstaatlicher Rechte und die Ausdehnung des städtischen politischen Systems, i.e. der sog. Wandel von *Government* zu *Governance*.

a. Neue kompetitive Formen der Stadtentwicklung

Die gegenwärtigen Formen städtischer Entwicklung bestehen primär aus Bemühungen, den jeweiligen „Standort" in der internationalen Konkurrenz um Investoren, höherwertige Dienstleistungen und Megaprojekte attraktiv zu machen. Trotz vielfältiger nationaler, regionaler und lokaler Unterschiede setzen die lokalen politischen Akteure heute überall auf ökonomische Innovation, unternehmerische Kultur und die Steigerung von Arbeitsmarktflexibilität, um der verschärften internationalen und intraregionalen Konkurrenz zu begegnen. Andere gesellschaftspolitische Bereiche werden diesen ökonomischen Prioritäten zunehmend untergeordnet. Je höher die Position einer Stadt in der globalen Konkurrenzstruktur der neuen Ökonomie, um so wichtiger wird die Rolle der hochwertigen Dienstleistungen im *central business district* und um so intensiver wird die Restrukturierung des städtischen Raums (vgl. hierzu auch den Beitrag von Roger Keil und Neil Brenner in diesem Band). Nicht nur, aber gerade für die Global Cities bedeutet dies, dass von der Gestaltung der räumlichen Umwelt bis hin zu den Prioritäten der kommunalen Haushalte alles auf die Funktion der Stadt als „Kommandozentrale" (Sassen 1995, S. 7) und ihr entsprechende Dienstleistungsbranchen ausgerichtet wird.

Das bedeutet u.a. den Aus- und Umbau der Innenstädte zu produktionsorientierten Dienstleistungszentren. Eine solche intensive Entwicklung in den zentralen Vierteln und der Ausbau entsprechender neuer Infrastrukturprojekte haben jedoch für die dort ansässige Bevölkerung meist unerwünschte Konsequenzen, denn ihre Folgen sind Gentrifizierung und Verdrängung, zu viel Verkehr und Umweltverschmutzung sowie häufig der Verlust traditioneller öffentlicher kultureller oder infrastruktureller Angebote. Während die Innenstädte herausgeputzt werden, werden andere Stadtteile zu bevorzugten Standorten für unattraktive Funktionen; wieder andere werden dem Verfall preisgegeben. Parallel zum Umbau der Innenstadt findet auch eine urbane Expansion in periphere Zonen statt, die, im Gegensatz zu früheren Suburbanisierungsschüben, von der vorstädtischen oder ländlichen Bevölkerung heute nicht mehr unbedingt als „Aufwertungsgeschenk" begrüßt wird. Zunehmend werden solche Projekte zu aufwändigen Bemühungen der Konsensherstellung (Keil/Ronneberger 1994).

Protestbewegungen haben sich sowohl in den Städten als auch an ihren Rändern formiert; sie haben sich entweder auf der Basis existierender (latenter) Netzwerke und Organisationen entfaltet oder sind neu entstanden. Sie reichen von defensiven, pragmatischen Versuchen, bestehende Lebensqualität oder Privilegien zu verteidigen (was sowohl progressiv, umweltbewusst und einschließend geschehen kann als auch nach dem St. Florians-Prinzip, xenophob oder ausschließend) bis hin zu politisierten und militanten Kämpfen darum, wem die Stadt gehören soll (wie in Anti-Gentrifizierungs-Kämpfen und in Bewegungen gegen diverse Formen von Wachstumspolitik).[4]

Von der Bewegungsforschung am ausgiebigsten erforscht sind die meist von Mittelklasse-Akteuren getragenen, auf die Verteidigung von Lebensqualität zielenden Mobilisierungen zum Schutz der heimischen Umgebung - vor zu viel Verkehr, zu viel Entwicklung oder sonst einem Projekt, das ungern im eigenen *backyard* gesehen wird. Aus einer Reihe von Fallstudien wissen wir, dass solche Gruppen sich heutzutage schnell und pragmatisch eine Bandbreite von Handlungsrepertoires und Taktiken aneignen, von Unterschriftensammlungen über politisches Lobbying und Gerichtsverfahren bis hin zu Straßenkonfrontationen. Dabei beklagen ForscherInnen häufig die Tatsache, dass solche Bürgerinitiativen immer weniger von den Zielen sozialer Gerechtigkeit geleitet werden als dies früher der Fall war; stattdessen sei ihre Praxis jetzt von partikularen Interessen und/oder der Verteidigung privilegierter Lebensbedingungen bestimmt (vgl. Krämer-Badoni/Söffler 1994). Aber es liegen auch - allerdings weit weniger - Fallstudien von lokalen Bewegungen vor[5], deren aus Arbeiter- und Mittelklassen stammende TeilnehmerInnen gegen Autobahnpläne, Autoverkehr, Wohnungsnot oder umweltvergiftende Produktionsstätten mobilmachen, mit denen Unterschichts- und Immigrantenquartiere überproportional belastet werden.[6] Ihr Handlungsrepertoire geht zunehmend über das der defensiv agierenden „NIMBY"-Bewegungen *(Not In My Backyard)* hinaus: neben direkten Aktionen (Blockaden, Demonstrationen), mit denen öffentlicher Druck auf umwelt- und nachbarschaftsgefährdende Anlagen ausgeübt wird, stellen sie auch eigenständige Analysen städtischer Probleme an oder klagen ihre Vertretung in den relevanten politischen Entscheidungsgremien ein (Di Chiro 1992; Bullard 1993).

Eine amerikanische Studie, die 325 lokale Gruppen „run by the poor for the purpose of changing social structure" (McCarthy/Castelli 1994) untersucht hat, nennt sie „poor empowerment groups". Entsprechend der schärferen sozialräumlichen Differenzierungsprozesse in U.S.-amerikanischen Städten agieren diese Bewegungsorganisationen auf dem Terrain der lokal sich manifestierenden Diskriminierungen. Sie kämpfen um die Rückkehr von Banken und Versicherungen in die dem Verfall preisgegebenen Quartiere, um die Zustimmung der städtischen Behörden zur Sanierung aufgegebener Gebäude oder um die Verbesserung lokaler Arbeitsbedingungen. Bewegungen gegen städtische Wachstumspolitik und Gentrifizierungsprozesse werden oft auch direkt durch neue stadtpolitische Instrumente ausgelöst, wie sie insbesondere in Großstädten verstärkt zur Anwendung kommen. Dazu zählen spektakuläre Großprojekte in der Innenstadt (wie etwa Londons Docklands oder Berlins Potsdamer Platz), Festivalisierungsmaßnahmen (wie Olympiaden, Weltausstellungen,

internationale Garten-Ausstellungen oder die 1000sten Geburtstage von Städten), die Attraktion von Mega-Ereignissen, Sport- und Freizeit-Paradiesen und thematisch aufgepeppten urbanen Vergnügungszentren. All diese Strategien städtischen Umbaus sind stark auf die Imagewirkung der jeweiligen Stadt ausgerichtet (vgl. Scholz 1997; Swyngedouw u.a. 2002). Solche Projekte provozieren Bewegungen, die deren negative Auswirkungen und üblicherweise mangelnden demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten attackieren. An dieser Projektepolitik wird insbesondere die räumliche und zeitliche Konzentration der Projekte kritisiert, weil sie nur Oaseneffekte erlaubt anstatt der Stadt als ganzer und sämtlichen StadtbewohnerInnen zu Gute zu kommen. Die Konzentration auf ein Prestigeprojekt zieht Aufmerksamkeit und Finanzmittel von anderen Stadtproblemen ab und schränkt Investitionen in anderen Bereichen ein. Protestkampagnen gegen diese Formen und Instrumente von Stadtmarketing werfen also Fragen demokratischer Planung auf, die die städtischen Eliten in ihrer Ausrichtung auf interregionale und -nationale Konkurrenz gern ausblenden.[7] Darüber hinaus haben sie das Potenzial, verstreute und eher kleinräumig operierende Bewegungsgruppen in breiten Koalitionen zusammenzuführen. Ein relevanter Akteur in solchen Kampagnen sind bisweilen autonome und andere subversive Gruppen, die bewusst auf die Rolle von Image-Politik abzielen. Weil Image-Politik eine so herausragende Rolle in der globalen städtischen Konkurrenz spielt, versuchen sie Image zerstörende Aktionen zu entwerfen, um diese Stadtpolitik zu skandalieren (vgl. Becker 2001).

b. Erosion traditioneller wohlfahrtsstaatlicher Rechte

Zweitens prägt der Trend erodierender lokaler Sozialstaatlichkeit die kommunale Politik unter Globalisierungsbedingungen.[8] Dieser Trend besteht aus verschiedenen Entwicklungen. Zum einen haben wir es zu tun mit der Spreizung bzw. Dualisierung der Arbeitsmärkte, der Ausweitung prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse sowie dem (auch in Deutschland lange vor der Hartz-Reform einsetzenden) Wandel in der Sozialpolitik, welche eine neue Marginalität produziert haben, deren sichtbarster Ausdruck explodierende Zahlen von städtischen Obdachlosen sind. Auch andere, weniger sichtbare Formen sozialer Exklusion und neuer Armut manifestieren sich in der Stadt, auch wenn ihre Ursachen zunehmend in globalen Strukturzusammenhängen ausgemacht werden (vgl. Huster 1997; Kronauer 2002).

Zum andern sind, da das Bild von Städten eine solch wichtige Rolle in der Standortkonkurrenz spielt, seit den frühen 90er Jahren von vielen Kommunen strenge Anti-Obdachlose- und Anti-Besetzer-Verordnungen erlassen worden. In den zentralen Geschäftsvierteln werden regelmäßig Razzien durchgeführt. Diese Form von Regulierung öffentlicher Räume wird auch in Städten mit „progressiven" Regierungen betrieben; auch hier werden seit den frühen 90er Jahren Bettelsatzungen und Verordnungen verabschiedet, die bspw. das Sitzen auf den Gehsteigen in zentralen Geschäftsvierteln kriminalisieren (New York Times, 12.12.1993, Washington Post, 29.10.2002). Um BettlerInnen, Obdachlose oder Autoscheiben-Putzer aus den Stadtzentren zu vertreiben (wo sie sich aus einer Reihe von guten Gründen konzentrie-

ren[9]), werden solche Gruppen als „gefährliche Klassen" oder gar „Staatsfeinde" (wie in London; vgl. taz, 13.01.1997) konstruiert. Sozialfürsorgerische Maßnahmen werden zu Gunsten repressiver und strafender Behandlungsweisen aufgegeben (Eick 2002).

In Reaktion auf diese Trends sind neue Armutsbewegungen[10] und Mobilisierungen von Unterstützergruppen sowie Aktionen antirassistischer Initiativen entstanden.[11] Dabei liegen zu den Formen der Selbstorganisation der von Armut Betroffenen die wenigsten Forschungsergebnisse vor. Dies liegt u.a. daran, dass die meisten ForscherInnen davon ausgehen, diese Gruppen seien nicht nur arm, sondern auch passiv und einflusslos. In der Tat bestehen die Ressourcen dieser Gruppen primär in ihren Körpern und ihrer Zeit, so dass ihre Protest-Aktivitäten meist spontan und episodisch, lokal begrenzt und disruptiv in der Strategie sind.[12] Bestenfalls gelingt es, mit den disruptiven Taktiken das *business as usual* der Kommunalverwaltung zu blockieren und die Legitimität der offiziellen Ausgrenzungspolitik in Frage zu stellen. Das geschah z.B. als die Obdachlosen in Paris ihr „Recht auf die Stadt" in einer Kampagne *droit au logement* verteidigten, die in einer spektakulären Besetzungsaktion im Dezember 1994 in der Mitte des 6. Arrondissements wenige Monate vor der Präsidentenwahl kulminierte (Body-Gendrot 2000).[13] Zumeist jedoch konfrontieren diese neuen Armutsbewegungen einen zunehmend unzugänglichen und strafenden Staat. Nur unter seltenen Bedingungen gelingt es ihnen, im Prozess des Sich-zur-Wehr-Setzens gegen die Vertreibungsmaßnahmen, der Errichtung von Zeltstädten, der Organisierung öffentlicher Foren und der Auseinandersetzungen mit den politischen RepräsentantInnen Solidarität, politisches Bewusstsein und eine organisatorische Infrastruktur zu entwickeln - jene Elemente also, von denen die Bewegungsforschung annimmt, dass sie Voraussetzung für das Entstehen von Mobilisierung seien. David Wagner (1993) beschreibt solche Bedingungen in seiner Studie über obdachlose DemonstrantInnen in Portland im Bundesstaat Maine, wo er beobachtete, wie die etwa 100 BewohnerInnen einer Zeltstadt durch ihre Aktionen politisch und sozial handlungsfähig wurden und es schafften, signifikante Konzessionen von der Stadtverwaltung zu erreichen. Zeltstädte an anderen Orten oder andere Kämpfe von neuerdings marginalisierten Gruppen waren weniger erfolgreich (wie bspw. die Schlachten um den Tompkins Square Park in New York).[14]

Wo allerdings ressourcenreiche politische Unterstützergruppen sich die Probleme der Wohnungslosen zu eigen machen bzw. professionelle AktivistInnen ihre Ressourcen in entsprechende Organisationen einbringen, gelingen durchaus breite und dauerhafte Mobilisierungseffekte (Péchu 1996). Dies zeigen u.a. die Pariser Gruppen „Comité des mal-logés" (CML, 1987 gegründet) und „Association Droit au Logement" (DAL), die CML seit 1990 praktisch ablöste und in den späten 90er Jahren ca. 8.000 Personen in ihrem weiteren Umfeld vereinte. Auch Cress und Snow beschreiben in ihrer auf ethnographischer Feldarbeit beruhenden Untersuchung von 15 Obdachloseninitiativen in acht US-Städten, dass 75% der Ressourcen „von außen" kommen, wobei in den USA karitative, kirchliche und bürgerrechtliche Unterstützerorganisationen eine wichtigere Rolle spielen als politische AktivistInnen-Organisationen (Cress/Snow 1996; vgl. Wright 1997). Auch kennen alle größeren Städte seit

Anfang der 90er Jahre ihre je eigenen Obdachlosenzeitungen[15], die die neuen Armutslagen offensiv thematisieren und deren Erlös zumeist in Obdachlosenprojekte fließt.

In Deutschland bilden neben Kirchen, politischen Gruppen und kommunalen Bündnissen (vgl. Blum 1996; Stiftung Mitarbeit 1995; Mette/Steinkamp 1997; Bartelheimer/von Freyberg 1997) auch autonome Bewegungen und antirassistische Initiativen relevante Unterstützernetzwerke. Antirassistische Initiativen, die es in Großbritannien, Frankreich und Nordamerika schon länger gibt, haben sich in den 90er Jahren auch in Deutschland gebildet - in Reaktion auf die zunehmenden Polizei-Razzien, die zur „Säuberung" der Innenstadt-Zitadellen von ImmigrantInnen und Armen durchgeführt werden. So hat der Berliner Senat 14 Gebiete zu „Gefahrenzonen" deklariert, aus denen „verdächtig aussehende" Personen ohne weitere Begründung entfernt werden können. Gegen solche Praktiken der „Verbringung" von Obdachlosen oder Drogenabhängigen aus den Stadtzentren haben die neu gebildeten Initiativen Protestdemonstrationen, Rechtshilfe und Öffentlichkeit organisiert. Im Juni 1997 und im Juni 1998 fanden in einer Reihe von Städten der BRD, Österreichs und der Schweiz „Innenstadt-Aktionswochen" statt, mit denen ein breiteres öffentliches Bewusstsein über diese weit verbreiteten Vertreibungspraktiken hergestellt und öffentlicher Druck dagegen intensiviert wurde (taz, 31.05.1997; diskus 1998).

Im Zusammenhang mit Wohnungsnot und neuer Armut ist eine weitere Bewegungsform entstanden, deren Akteure sich allerdings nicht als *poor people's movement* begreifen. Die Mehrzahl der „WagenburglerInnen", die ihre mobilen Wohnformen in baulichen Nischen der Zentren oder am Stadtrand aufgestellt haben, begreift ihre Praxis eher als „Form des Widerstands gegen die politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in dieser Stadt und in diesem Land" (Vogelfrai 1994). Etwa 70 bis 80 solcher Plätze existierten Mitte der 90er Jahre in Deutschland (Knorr-Siedow/Willmer 1994). Von den zeitweise 15 Berliner Stellplätzen befanden sich 12 im Innenstadtgebiet; diese waren seit 1991 vom Räumungsbeschluss des Berliner Senats betroffen.[16] Ihre politischen Orientierungen umfassen ein breites Spektrum: Während manche die Freiheit, die dieser Lebensstil ermöglicht, für politische Aktivitäten nutzen (wie z.B. das Unterbringen von illegalen Flüchtlingen), sind andere damit zufrieden, alternative Lebensformen auszuprobieren. „Was wir gemeinsam haben und was uns eint, ist die Art wie wir leben, unser Lebensstil - kollektiv, ohne Hierarchien, unkonventionell und mit wenig Knete" (Vogelfrai 1994, S. 9). Anstehende oder drohende Räumungen brachten sie jedoch immer wieder in Kampagnen zusammen, in denen sie die Kommunalverwaltung drängten, die Plätze zu tolerieren, geplante Bauvorhaben aufzuschieben oder akzeptable Alternativplätze zur Verfügung zu stellen. Phasenweise haben sich in Berlin HausbesetzerInnen und WagenburglerInnen, die sonst kaum kooperieren, zusammengetan, da beide von der Senatsentscheidung betroffen waren, im Zuge der Vorbereitung auf den Regierungsumzug unkonventionelle Wohnformen im Stadtzentrum zu eliminieren (Berliner Zeitung, 25.10.1993).

Die neuen Arbeitsmarktbedingungen und der Wandel von sozialer Wohlfahrtspolitik zu Workfare-Politik haben die städtische Bewegungsszene noch auf eine ande-

re Weise beeinflusst. Nicht nur sind neue Organisationen von und für Obdachlose, Arbeitslose, Arme etc. entstanden, auch die Anzahl und Art von Institutionen und Projekten, die die Marginalisierten „bedienen", haben sich vervielfacht. Viele von ihnen arbeiten im Rahmen von territorial ausgerichteten, integrativen Entwicklungsprogrammen, die die Reformenergie von Stadtteil- und Bewegungsgruppen (aus)nutzen. In ihrer Arbeit suchen sie nicht nur die neuen Desintegrationsprozesse auszubalancieren oder zumindest abzumildern; häufig entwickeln sie auch innovative Strategien, die direkt auf die neuen gesellschaftlichen Spaltungen reagieren. Beispiele dafür sind Stadtteilgruppen wie „Proyecto Esperanza" in Los Angeles, die ihre Zielgruppe - schwer vermittelbare junge ImmigrantInnen - für Arbeitsplätze im wachsenden informellen Sektor als TagelöhnerInnen qualifizieren (Hopkins 1995, S. 41+56). Auch hier zu Lande streben freie Träger, die sich aus der Hausbesetzerbewegung der 80er Jahre entwickelt haben (wie z.B. L.I.S.T./Zukunft Bauen in Berlin), längst danach, ihre sozialen Zielsetzungen (über Berufshilfebetriebe in Gastronomie und Sanierung) mit der Arbeitsmarktrealität zu verbinden (Zukunft Bauen 1994, S. 12).

In manchen Fällen, wie z.B. bei Montréals „Chic Resto-Pop", gelingt es solchen Organisationen, staatliche oder kommunale Programme für die eigenen Ziele - die Herstellung von Solidarität und *Empowerment* - zu nutzen. Chic Resto-Pop ist ein Community-Restaurant/Gemeinnütziger Verein, der 1984 von zwölf SozialhilfeempfängerInnen gegründet wurde und Arbeits- und Ausbildungsplätze für sozial schwache StadtteilbewohnerInnen sowie preiswerte Mahlzeiten anbietet. Zwar sind die Auszubildenden in das staatliche Workfare-Programm eingebunden; gleichzeitig mobilisiert die Organisation aber auf lokaler Ebene und fordert eine Reform genau dieses Programms, damit mehr lokale Kontrolle bei weitergehender staatlicher Unterstützung für die lokal entstehende „Gemeinwirtschaft" möglich wird (s.u.). Die meisten Projekte dieser Art haben jedoch kaum ein Bewusstsein darüber, dass die offizielle Politik zunehmend von Stadtteilgruppen, Vereinen und anderen freien Trägern erwartet, dass sie staatliche Programme ersetzen und als Reparatur-Netzwerk für die ökonomischen und politischen Desintegrationsprozesse fungieren, die der Globalisierungsprozess ausgelöst hat.

c. Öffnung des städtischen politischen Systems: Wandel von Government zu Governance

Schließlich hat, und damit komme ich zum dritten neuen Trend in der Stadtpolitik, die lokale Ebene der Politik neue Relevanz gewonnen (und sich dabei auch verändert), weil die konkreten, für strukturelle Konkurrenzfähigkeit notwendigen Bedingungen weder von transnationalen Konzernen noch von ferner Zentralpolitik organisiert werden können (Mayer 1991). Diese Bedingungen können nur vor Ort identifiziert und umgesetzt werden. Lokale Politik, die bestrebt ist, lokale Wirtschaftszusammenhänge in der globalen Ökonomie konkurrenzfähig zu machen, hat sich mehr und mehr in Form von Partnerschaften mit einer Reihe von nicht-staatlichen Akteuren organisiert, die ebenfalls über relevante Ressourcen verfügen - seien es private Geldmittel, lokales Wissen oder orts- und gruppenspezifische Expertise. Ne-

ben Investoren und Industrie- und Handelskammern wurden so Ausbildungsinstitutionen, Forschungszentren und lokale Gewerkschaften zu Partnern, aber auch freiwillige Vereinigungen, Assoziationen bzw. *Non-Profit*-Organisationen des Dritten Sektors inklusive ehemaliger sozialer Bewegungsgruppen. Diese in der Politikwissenschaft als Trend zu Governance-Arrangements beschriebene Entwicklung bedeutet, dass die Rolle des Staates neben den Partner-Akteuren weniger hierarchisch und eher moderierend als dirigierend wird (Jessop 1995).

Die Öffnung des städtischen politischen Systems für nicht-staatliche Akteure und die Strategie vieler Kommunen, auch vormalige Bewegungsorganisationen oder andere Organisationen des Dritten Sektors bei der Entwicklung und Implementierung von („alternativen") Dienstleistungen, in der Wohnungsversorgung und Wirtschaftsentwicklung einzusetzen, ist also der dritte die neue Stadtpolitik charakterisierende Trend. Mit der Nutzung bzw. Förderung von Drittsektor-Organisationen verbanden die Kommunen sowohl die Erwartung politischer Aktivierung als auch finanzieller Entlastung, was sich in der Praxis allerdings häufig als gegenläufig herausgestellt hat. Dieser Trend stellt eine besonders ambivalente Gelegenheitsstruktur für lokale AktivistInnen und soziale Bewegungen dar, weil auf diese Art Teile - aber eben nur Teile - des städtischen Bewegungssektors zu „Insidern" gemacht werden.

Solche quartiersbezogene Entwicklungspolitik hat in Nordamerika eine lange Geschichte, und auch in anderen europäischen Ländern wurden territorial ausgerichtete Armutsbekämpfungs- und Stadt(teil)entwicklungs-Programme, die private und Drittsektor-Träger auf lokaler Ebene strategisch einbeziehen, schon in den 90er Jahren auf regionaler wie nationaler Ebene aufgelegt. In der BRD gab es zunächst lediglich lokale und einige Landesinitiativen (NRW, Hamburg, Berlin); erst seit 1999 existiert eine nationale Politik der sozialen Stadtentwicklung.[17] Ob nun „Soziale Stadt" in Deutschland, „Neighborhood Renewal Fund" in Großbritannien, „Entreprises d'insertion" und „régies du quartiers" in Frankreich oder U.S.-amerikanische *Community-Development*-Programme: Alle sehen für ihre Umsetzung als zentrale Akteure lokale Drittsektor-Organisationen vor. Diese freien Träger gelten auf Grund ihrer lokalen Kompetenz, ihrer Nähe zu den Betroffenen, ihren Erfahrungen und ihrer Innovationskraft als geeignet, die neuen Inklusionsprogramme an die ausgegrenzten städtischen Problemgruppen zu vermitteln. Nicht nur weil lokale Initiativen den besonderen lokalen Bedürfniskonstellationen und Entwicklungspotenzialen besser Rechnung tragen können, sondern auch weil sie *nicht* nach Marktgesetzen funktionieren und stattdessen auf Solidarität und *Empowerment* basieren, wird ihnen hier Vorrang eingeräumt. EU-Programme bspw. knüpfen dezidiert an europäische Traditionen von *Non-Profit-* bzw. gemeinnützigen Organisationen an (Evers u.a. 2000, S. 28); die nicht-marktförmige Tradition, die sie mittels Community und Solidarität bewerkstelligen können, ist Voraussetzung, um Markt- und Staatsversagen gegenzusteuern.

Seit jedoch Stadtteilgruppen, freie Träger und Sozialdienstleistungsunternehmen in den 90er Jahren damit begonnen haben, Vertragsbeziehungen im Rahmen der diversen Entwicklungs- und Erneuerungsprogramme einzugehen, transformieren sich

die intermediären Strukturen der freien Trägerlandschaften in der Stadt(teil)entwicklung und Sozialpolitik: Es entsteht eine Grauzone zwischen sozialer Ökonomie, informeller Ökonomie und stadtteilbezogenen Dienstleistungen, wobei sich auch neue Unternehmensformen herausbilden. Die freien Trägerorganisationen finden sich auf einer Gratwanderung zwischen sozialer/wirtschaftlicher und politischer Arbeit.

Das Beispiel von „Banana Kelly" in New York kann als anschaulicher Fall für die problematische Richtung gelten, in die sich ehemaligen Bewegungsorganisationen entwickeln. Lange Zeit galt ihre Arbeit als beispielhaft; 1996 erhielt sie sogar den *Best Practice Award* auf der Habitat-Konferenz. Diese Stadtteilorganisation war in den 70er Jahren aus Hausbesetzungen und militanten Wohnungskämpfen hervorgegangen, widmete sich dann der Instandsetzung der verfallenen Häuser und entwickelte sich zum Verwalter von Hunderten von Wohnungen für einkommensschwache MieterInnen, wobei sie von verschiedenen städtischen Programmen Gebrauch machte, die Selbsthilfe und Mieterselbstverwaltung unterstützen. Über den Wohnungssektor hinaus engagierte sie sich, wie viele ähnliche Stadtteilorganisationen, auch für die wirtschaftliche Revitalisierung des Stadtteils. Banana Kelly wurde bei der Suche nach einem geeigneten Investor sogar global fündig: Sie fand eine schwedische Firma, die eine Papierfabrik in der Bronx bauen wollte, um die riesigen Papiermassen zu recyceln, die Manhattans Büros täglich produzieren. Neben dieser Form innovativer Arbeitsplatzbeschaffung engagierte sie sich auch in Schulungs- und Ausbildungsprogrammen, wobei sogar Gang-Mitglieder aus Los Angeles in die Bronx geflogen wurden, um im Zusammenhang dieser Community wieder Familienwerte und Gemeinschaftsrespekt zu erlernen (Rivera/Hall 1996). Banana Kelly wurde auch in Deutschland als Modellprojekt gefeiert - auf der Weltausstellung in Hannover im Jahr 2000. Während sie noch zu internationalem Ruhm gelangte, begannen sich finanzielle Skandale und Klagen der MieterInnen zu häufen; bereits 2001 wurden ihr die letzten Gebäude von einer anderen Organisation abgenommen (New York Times, 27.06.2000, 29.03.2001).[18]

Banana Kelly demonstriert nicht nur die Risiken, sondern auch die charakteristische polyvalente Funktion, die solche stadtteilverankerten und klientennahen Gruppen in mehr oder weniger entwickelter Form inzwischen in jeder und für jede Stadt wahrnehmen. Auch hier zu Lande gehört die Etablierung alternativer Sanierungsträger und die Auflegung von Förderprogrammen für Selbsthilfegruppen und Initiativen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt inzwischen zum Standard-Repertoire kommunaler Politik. Die Einrichtung solcher Programme geschah allerdings nicht über Nacht und verlief insbesondere in der BRD selten reibungslos, aber bis Mitte der 80er Jahre waren auch die vergleichsweise autonomen und anti-staatlich eingestellten bundesdeutschen Bewegungsprojekte Empfänger von „Staatsknete" oder fanden sich als Modellprojekte im Rahmen von kommunalen Beschäftigungs- und Sozialprogrammen. Seither ist die Beteiligung von Stadtteil- und Bewegungsgruppen in verschiedenen Politikfeldern zur Routine geworden, vor allem in solchen Problemfeldern, an deren Lösung sowohl Gruppen des alternativen Sektors als auch die politische Verwaltung stark interessiert sind, wie behutsame Stadterneuerung, Drogen, Ausländer-

integration, AIDS, Langzeitarbeitslosigkeit. Auch in den neuen Bundesländern wurden die Bürgerbewegungen von 1989 bald von städtischen Bewegungsgruppen ersetzt, die rasant den Professionalisierungs- und Formalisierungslevel erreichten, auf dem westdeutsche Gruppen viel allmählicher angekommen waren, was durch die ab 1991 aufgelegten Förderangebote und Arbeitsmarktinstrumentarien befördert wurde (Rucht/Blattert/Rink 1997). Während die Programme und Initiativen zunächst bereichsspezifisch organisiert waren - in der Stadterneuerung, in sozialen und Frauenprojekten - und nur ein geringer Teil explizit mit ökonomischer Reproduktion und Arbeitsmarktproblemen befasst war (vgl. Mayer 1987), ist die Integration in den Arbeitsmarkt inzwischen zur obersten Priorität geworden. Auch innerhalb der Alternativszene selbst war Arbeitsplatzsicherung und soziale Absicherung schon bald ein wichtiges Thema geworden. Noch ausschlaggebender waren jedoch die Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten, die sämtliche Projekte in Richtung Arbeitsmarktanschluss drängten.

Diese spezifische Form der Institutionalisierung von lokalen Initiativen konnte stattfinden, weil deren Arbeit auf- und umgewertet wurde zu „sozialem Kapital" (vgl. Evers u.a. 2000). Allerdings betont ein Großteil der Forschung, die sich diesen neuen Institutionalisierungsformen von Bewegungen widmet, den nach wie vor „kämpferischen Charakter" dieser Gruppierungen und die Gegenmacht, die sie gegenüber „konventionellen Ansichten kommunaler ökonomischer Planung" darstellen (Lustiger-Thaler/Maheu 1994, S. 162+165). Egal ob im Bereich der Stadtteilentwicklung, der Beschäftigungspolitik, alternativer Dienstleistungen oder Frauenprojekte: Die Arbeit dieser Gruppen wird als innovative und progressive Herausforderung herkömmlicher Politik gewertet, insofern sie die Zugangsbedingungen zum lokalen politischen System verbessert oder eine aktivere Bürgerschaft mit sich bringt (Jacobs 1992; Clarke 1994; Hopkins 1995; Evers u.a. 2000; Borzaga/Defourny 2001).

Bei genauerer Betrachtung der jüngeren Entwicklung muss man allerdings eher zu dem Schluss kommen, dass diese (ehemaligen) Bewegungsorganisationen, die sich in entsprechende Finanzierungs- und Implementationsprogramme eingeklinkt haben, eine ambivalente Rolle innerhalb des lokalpolitischen Terrains spielen. Zwar tragen sie einerseits zur Stabilität von Bewegungsinfrastruktur und somit positiv zu den Voraussetzungen kontinuierlicher Mobilisierung bei (meist durch neue intermediäre, öffentlich finanzierte Einrichtungen). Aber andererseits hat diese Ausweitung und wachsende interne Differenzierung der Bewegungsszenerie zu neuen Konflikten und Antagonismen innerhalb des Bewegungssektors geführt. Die an den Governance-Strukturen beteiligten Bewegungs-Organisationen sind den Gefahren institutioneller Integration bzw. der „NGOisierung" ausgesetzt, ihre eigene demokratische Substanz ist keineswegs gesichert (vgl. Fehse 1995; Lang 2000; Roth 1994a). Seit sich diese Organisationen selbst mit massiven Kürzungen und der Umorientierung staatlicher Programme in Richtung Arbeitsmarktflexibilisierung konfrontiert sehen, hat sich die Konkurrenz um Fördermittel verschärft; um Arbeitsplätze und Zuwendungen zu sichern, ersetzen private Lobby-Strategien zunehmend die Erzeugung von öffentlichem Druck und damit die Präsenz im öffentlichen Diskurs der Gesellschaft. Nicht

wenige der alternativen Sanierungsträger und Stadtteilentwicklungs-Organisationen, die Wohnraum für untere Einkommensgruppen oder Beschäftigungsmöglichkeiten für Problemgruppen des Arbeitsmarkts bereitstellen, wurden auch zu Zielscheiben von Kritik und sogar von Attacken anderer Bewegungsakteure, die entweder die Kriterien der Wartelisten nicht erfüllten oder lieber Häuser besetzten.

Obwohl manche dieser Organisationen Entstehungshintergründe in den emanzipatorischen Bewegungen der 60er und 70er Jahre haben und erst seit relativ kurzer Zeit in die lokalen Armutsbekämpfungsstrategien inkorporiert sind, haben sie sich zu Dienstleistungsagenturen entwickelt, die frühere Ansprüche - Problemgruppen zu *Empowerment* zu verhelfen oder gar gesellschaftliche Strukturen zu verändern - tendenziell aufgegeben haben zu Gunsten von eigenen Reproduktinsinteressen. Erfolgreiche Träger mutieren meist zu konkurrenzfähigen Mainstream-Firmen oder werden von privaten Unternehmen geschluckt. Die kompetitiven Bewerbungsverfahren, die dazu führen, dass Mittel auf der Basis von Projekt-Formulierungen (und nicht auf der Basis tatsächlicher Bedarfe) zugewiesen werden, bevorteilen Träger mit starker organisatorischer Struktur, die ihnen die notwendigen Antrags-, Lobby-, Verhandlungs- und Implementationsaufgaben erleichtert. Die umfängliche Inanspruchnahme durch Modalitäten und Auflagen der neuen Finanzierungsinstrumente lässt darüber hinaus die Distanz dieser Organisationen zu neuen ausgegrenzten und diskriminierten Gruppen (jugendliche HausbesetzerInnen, kulturelle AktivistInnen) wachsen. Damit verlieren sie jedoch genau die Solidarität und Loyalität generierenden Kompetenzen, die ursprünglich die Basis für ihre Einbindung in die Programme darstellte.

Diese Einbindung impliziert also die reale Gefahr, dass die Reformenergie der Gruppen in der Kleinarbeit der neuen städtischen Desintegrationstendenzen verpufft oder gar für die reibungsarme Durchsetzung staatlicher Austeritätspolitik instrumentalisiert wird. Gleichzeitig ist es jedoch *auch* so, dass die gestiegene Angewiesenheit kommunaler Verwaltungen auf solche Gruppen - um die komplexer werdenden Widersprüche und vielfältigen Exklusionsprozesse in der heutigen Stadt zu „verwalten" bzw. kleinzuarbeiten -, die Chancen für spürbaren Bewegungs-Input erhöht. In dem Maße wie diese Angewiesenheit mittlerweile institutionalisierten Ausdruck gefunden hat in verschiedenen Formen routinemäßiger Kooperation zwischen Lokalstaat und Bewegungsorganisationen (vor allem in den genannten Bereichen Stadtteilentwicklung, klientennahe Dienstleistungen, Frauenzentren etc.), beginnen diese neuen Partnerschaftsstrukturen auch, die Interaktion zwischen Lokalstaat und diversen Gruppen der beiden erstgenannten Kategorien zu beeinflussen (also Gruppen, die gegen die neuen Formen von Stadtentwicklung aktiv sind, sowie die Anti-Armuts-Bewegungen). Schwindende Steuerungsressourcen und -kompetenzen des lokalen Staats erhöhen den Druck auf die lokalen politischen Eliten, mit BewegungsvertreterInnen innerhalb der neu geschaffenen Kanäle und intermediären Strukturen zu verhandeln, die im Lauf der rountinemäßigen Einbindung alternativer Bewegungsarbeit in kommunale (Beschäftigungs- und Revitalisierungs-) Programme geschaffen wurden. So können auch die Bewegungen, die heute den Gebrauchswert der Stadt einklagen, von der neuen intermediären Kultur und den Institutionen innovativer Verhandlungs-

systeme profitieren. Allerdings sind diese neuen Verhandlungsstrukturen für weniger progressive, fremdenfeindliche und anti-soziale Bewegungen genauso offen und nutzbar.

Handlungsoptionen und strategische Implikationen

Der spezifisch sozial-räumliche Bezug, den „Stadt" für soziale Bewegungen darstellt, sowie seine Konsequenzen für die Dynamik und Entwicklungsmöglichkeiten von Bewegungen muss für die Einschätzung konkreter Handlungsspielräume weiter differenziert werden. Weil sich mit der jeweiligen Position von Städten in der sich global und regional restrukturierenden Städtehierarchie unterschiedliche Stadt-Typen und damit unterschiedliche Konfliktlagen herausbilden, hat sich das relativ homogene Konflikt- und Bewegungsmuster der fordistischen Bewegungsszenerie aufgelöst (vgl. den Beitrag von Keil/Brenner in diesem Band). Metropolitane Regionen an der Spitze der globalen Städtehierarchie bilden besonders ausgeprägte Konfliktlagen entlang der Internationalisierung ihrer Arbeiterklassen und Wohnviertel, der Prekarisierung neuer, insbesondere von MigrantInnen genutzter Arbeitsverhältnisse und der Erosion kommunalpolitischer Kompetenzen. Gleichzeitig erleichtern sie die Entstehung einer kritischen Masse, die für die Herausbildung von Bewegungsmilieus und die Konstruktion kollektiver Projekte und Identitäten Voraussetzung ist. Hier häufen sich Bewegungen gegen die den *global headquarters* zugetane Politik der Innenstadtentwicklung genauso wie neue *poor people's movements*, die auf Grund der Anwesenheit tradierter Bewegungskulturen und -institutionen (*community organizing* in Nordamerika, linke Organisationsinfrastruktur in Westeuropa) auf Unterstützung wie politische Instrumentalisierung rechnen dürfen. Von Deindustrialisierung erfasste „alte" Städte dagegen erfahren eher Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen bzw. neue Beschäftigungsmöglichkeiten und, je nachdem mit welchem Profil die Stadt sich in der neuen Städtehierarchie zu re-positionieren versucht, mehr oder weniger enge Kooperationen von Kommune und Stadtteilgruppen. Diejenigen Städte, die ihre Standortvorteile als Innovationszentren (Logan/Molotch 1987, S. 267ff.) zu entwickeln suchen, provozieren damit häufig Umweltproteste und *Slow-Growth*-Bewegungen. Diejenigen, deren Transformation (vgl. ebd., S. 269ff.) besonders auf billige, flexible Arbeitskräfte angewiesen sind, bieten den für soziale Rechte und nachhaltige Entwicklung kämpfenden Gruppen ein besonders schwieriges Terrain. Solche (und weitere) unterschiedliche Bewegungsschwerpunkte wären systematisch zu untersuchen, um das heterogene Bild städtischer Bewegungen zu erklären.

Obwohl diese sich akzentuierenden Unterschiede innerhalb der städtischen Bewegungsmilieus noch nicht zureichend erschlossen worden sind, erlaubt die Beobachtung der Veränderungen der Bewegungen, wie sie hier in groben Zügen dargestellt wurde, erste Aussagen über ihre Rolle und Handlungsmöglichkeiten. Wie in früheren Phasen, als lokale AktivistInnen die Gestalt der Stadt und ihre Politik beeinflussten, tragen auch die heute aktiven Bewegungen zur Formierung und Regulierung ihrer jeweiligen Stadt bei - und können diese gleichzeitig herausfordern. Während ihre

Praxis in innovativer Stadtreparatur und ihre Einbindung in kommunale Governance-Strukturen gut in die Suche nach (lokal adäquaten) post-fordistischen Lösungen und Arrangements passen könnten (sie damit also funktional und kooptierbar erscheinen, vgl. Mayer 2003), bleibt ihre Herausforderung undemokratischer und unökologischer Entwicklungsvorhaben ein Versprechen auf ein Modell von Stadt, das sich durch offene Beteiligungsformen und nachhaltige Entwicklung auszeichnet. Um dies Versprechen einzulösen, müssen allerdings die neuen Probleme, mit denen die heutigen städtischen Bewegungen konfrontiert sind, gezielt angegangen werden.

Zu diesen Problemen gehören erstens die neuen Antagonismen innerhalb des Bewegungssektors, die auch ein Resultat der Ausweitung des städtischen politischen Systems sind, das nun zwar manche Akteursgruppen ein-, aber andere ausschließt. Neben dieser Tendenz zur Produktion neuer Ausgrenzungen und neuer VerliererInnen verlangt ein zweites neues Problem Beachtung, nämlich die Tatsache, dass die Einbindung von Bewegungsgruppen in Revitalisierungs- und andere Partnerschaften für viele darauf hinausläuft, dass sie die Wohnungs- und Beschäftigungsprobleme von Gruppen bearbeiten, deren Ausgrenzung durch normale Marktmechanismen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Stadt bedroht. Schließlich besteht ein drittes neues Problem im nun auch in Deutschland angekommenen Trend zur Vermarktlichung der Arbeit dieser Gruppen bzw. ihrer Unterwerfung unter ökonomische Normen, weil Finanzierungsmöglichkeiten zunehmend über „Hilfe-zu-Arbeit"-Programme und ebenfalls auf Arbeitsmarktintegration zielende territoriale Anti-Armuts-Programme angeboten werden. Diese strukturell neuen Konstellationen müssen erkannt und ihre spezifischen Restriktionen, aber auch die ihnen eigenen Handlungsmöglichkeiten, identifiziert werden.

Die eroberten Positionen und neuen institutionellen Zugänge gewähren eben auch Möglichkeiten, um die neu sich stellenden Probleme anzugehen. Die gewachsene Rolle lokaler Politik, auch in globalen Zusammenhängen, und die gleichzeitige Einbindung diverser nicht-staatlicher Akteure inklusive ehemaliger Bewegungsorganisationen in die lokale Politik haben neue, wichtige Kanäle und Zugänge eröffnet - für jene Kräfte unter den städtischen Bewegungen, die in der Lage sind, diese zu ergreifen und ihre Ambivalenz auszutesten. Allerdings besteht die Herausforderung darin, diese neuen Wege nicht bloß zur Verteidigung einzelner bedrohter Privilegien und partikularer Defensivräume zu nutzen, sondern sie für den umfassenden und komplexen Kampf für eine demokratische, ökologische und soziale Stadt nutzbar zu machen.

Von manchen Stadt- und Bewegungs-ForscherInnen wird dieser Kampf als Auseinandersetzung zwischen globalen Eliten und lokalen Gemeinschaften gesehen, reduziert auf den simplen Antagonismus zwischen fernen übermächtigen Kräften (globales Kapital etc.) und den „guten" lokalen Betroffenen (z.B. Castells 1994, S. 30). Eine solche idealisierte Sicht lokaler Bewegungen war schon in den 60er und 70er Jahren problematisch, als das Gros der städtischen Bewegungen Teil eines breiteren Kampfes gegen sich ausweitende Herrschaftsformen war. Die heutigen lokalen Bewegungen können ganz sicher nicht umstandslos auf der progressiven Seite einsortiert werden,

sind sie doch höchst differenzierte Reaktionen auf die jüngsten Wandlungen der Stadtpolitik (sowohl ihre Ausbreitung als auch ihre Fragmentierung lassen sich mit den drei neuen Trends in der Stadtpolitik erklären). Sie sind selbst widersprüchliche Teilnehmer an der Gestaltung der (globalisierten) Stadt und müssen sich sowohl der neuen Fragmentierung innerhalb des städtischen Bewegungssektors stellen als auch den massiven Ausgrenzungs- und sozialen Desintegrationsprozessen, die städtisches Leben in wachsendem Maße charakterisieren. Es wird deshalb besonders wichtig, dass diejenigen Teile des Bewegungssektors, die über einigermaßen Stabilität, Zugänge, Ressourcen und Netzwerke verfügen, einen Teil ihrer Energie dem Aufbau eines politischen und gesellschaftlichen Klimas widmen, in dem auch marginalisierte Gruppen sichtbar und artikulationsfähig werden können.

Das Beispiel des Stadtteil-Restaurants Resto-Pop kann illustrieren, wie es gelingen könnte, die Spannung zwischen lokalem Reparaturbetrieb und innovativem politischen Akteur produktiv zu machen (vgl. Shragge 1996). Wie in anderen Fällen auch suchen die staatlichen Behörden Quebecs und Montréals mit ihrem dezentralisierten Workfare-Programm eine billige und flexible Methode, mittels Mobilisierung von Ehrenamtlichen und SozialhilfeempfängerInnen selbst chronische Langzeitarbeitslosigkeit und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen zu „managen". Die AktivistInnen von Resto-Pop dagegen nutzen die Dezentralisierung des Programms, um demokratische lokale Strukturen aufzubauen und gesellschaftlich sinnvolle Antworten auf die Krise der Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln. Die Organisation, die zunächst (1984) gegründet wurde, um für sich (die 12 Sozialhilfe empfangenden Gründungsmitglieder) und die Stadtteilbevölkerung gute, preiswerte Mahlzeiten anzubieten, hat ihre Aktivitäten ausgeweitet, sich vergrößert und doch für Politisierung gesorgt. Nicht nur wuchs das tägliche Angebot von 50 auf 800 Essen, gibt es zusätzlich eine mobile Küche für die örtlichen Schulen und dient der große Speisesaal auch für politische und Stadtteil-Veranstaltungen. Besonders wichtig ist der Gruppe die Verbindung ihres Dienstleistungsangebots mit dem Ausbildungsprogramm, in dem im Jahresdurchschnitt 93 WohlfahrtsempfängerInnen, die an dem Workfare-Programm „Experience de Travail" partizipieren, eine Ausbildung erfahren. In der Ausbildung geht es nicht nur um die im Gaststättenbetrieb notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern auch um die sozialen und politischen Rechte der Betroffenen und ihre Lese- und Schreibfertigkeiten. Seit 1995 ging die Organisation noch einen Schritt weiter und attackierte den Zuschnitt des staatlichen Programms, insbesondere die Begrenzung der Ausbildungszeit (sechs bis acht Monate im Durchschnitt). Gefordert wurde auch, dass die Arbeit der ProgrammteilnehmerInnen als solche entlohnt werden sollte, anstatt sie mit Sozialhilfezahlungen abzuwerten. Mit einer breit rezipierten Konferenz zu den Defiziten der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme, an der mehrere hundert Community-AktivistInnen teilnahmen und die mit einer Demonstration zur lokalen Vertretung der Provinzregierung endete, etablierte sich die Organisation als zentraler Akteur in der kommunalen Armuts- und Beschäftigungspolitik. Die Organisation lässt es also nicht dabei bewenden, soziale Bedürfnisse der Armutsbevölkerung im Stadtteil zu bedienen, sondern drängt massiv und öffentlich auf die Veränderung

des staatlicherseits dafür bereitgestellten Programms, mobilisiert im lokalen Feld für eine solche Veränderung, aber auch für staatliche Zuwendungen an die anvisierte neue Gemeinwirtschaft.

Die AktivistInnen von Resto-Pop sind sich der Beschränkungen und des repressiven Charakters des Workfare-Programms, an dessen Implementierung sie partizipieren, also deutlich bewusst. Gleichzeitig gehen sie davon aus, dass Arbeit - insbesondere solche, die gesellschaftlich Nützliches produziert - elementarer Teil sozialer Bürgerrechte ist. Im Rahmen dieser Überzeugung fordern sie die Logik des staatlichen Programms mehrfach heraus. Zum einen leiten sie den Großteil der Gelder, die zur Programmverwaltung vorgesehen sind, an die TeilnehmerInnen weiter, um deren Sozialhilfezahlungen aufzubessern. Zweitens fordern sie bessere Ausbildung und haben selbst ein Pilotprogramm initiiert und umgesetzt, dessen TeilnehmerInnen den Hauptschulabschluss nachholen können. Und drittens verlangen sie die Anerkennung der Arbeit der TeilnehmerInnen, für die sie adäquat entlohnt werden sollten, und eine Mindestdauer des Programms von drei Jahren. Diese Bereitschaft, den staatlichen Programmen Widerstand und Alternativen entgegenzusetzen sowie sich an breiteren gesellschaftlichen und politischen Debatten zu beteiligen wie auch die Koalitionen mit anderen lokalen Akteursgruppen sind Voraussetzung dafür, dass es der Organisation gelingt, sich nicht (nur) vor den Karren des post-keynesianischen Workfare-Staates spannen zu lassen.

Die Bewegungsakteure müssen also ihre neuen Abhängigkeiten (von Staat und Markt) konstatieren und transparent machen, um die unter den aktuellen Bedingungen der globalisierten Stadt existierenden Chancen und Möglichkeiten zu identifizieren. Die neue, schwierige Aufgabe besteht darin, die Mittel und die Stabilität der ressourcenreichen Bewegungen in Unterstützung für prekarisierte und marginalisierte Bewegungsgruppen zu transformieren. Die existierenden Chancen und Möglichkeiten müssen genutzt werden, um die Ausgrenzung und Diskriminierung, die für die neuen Armutsbewegungen verantwortlich sind, zu attackieren und zu begrenzen. Die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse müssen politisiert werden, wobei auf das Mobilisierungspotenzial der neuen Ungleichheiten gebaut werden kann. Dafür können die neuen Kanäle und Zugangsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik aktiv genutzt werden. Eine solche Haltung impliziert allerdings eine dezidierte Ablehnung des in den Programmen verankerten und von vielen AdvokatInnen gepriesenen „unideologischen", pragmatischen Sozialkapital-Ansatzes, der Mobilisierung von unten lediglich rhetorisch beschwört, sich faktisch jedoch Gruppen wünscht (und als förderungswürdig definiert), die „zu beschäftigt damit sind, den Armen zu helfen, als dass sie sich in Koalitionen gegen die Armut beteiligen könnten" (Schambra 1998, S. 49; vgl. Mayer 2002).

Anmerkungen

1 Als Prozess der ökonomisch-funktionalen Hierarchisierung (Krätke 1995, S. 126ff.); als arbeitsteilige und ungleiche Rollenherausbildung von „headquarter city", „innovation center", „module production and processing", „Third World entrepôt" und „retirement site" (Logan/Molotch 1987, S. 258ff.); oder in der Global City-Literatur als Polarisierung zwischen den „organisierenden Knotenpunkten der Weltwirtschaft" und den im globalen Städtenetzwerk untergeordneten Städten (Knox/Taylor 1995).

2 Die erst jüngst entstandene Literatur zu globalisierungskritischen Bewegungen hat die Verknüpfung zwischen globalem (Finanz-) Kapital, transnationalen Institutionen und den sie hinterfragenden Bewegungen und NGOs zwar im Blick, blendet jedoch die jeweiligen lokalen Bedingungsfaktoren ihrer Politik aus der Analyse bislang aus (Klein 1999; Rucht 2001; Smith 2001).

3 Wie bspw. in manchen Workfare-Programmen New Yorks, deren TeilnehmerInnen sämtliche gängigen Arbeitnehmerrechte verwehrt sind, so dass Gans (1999, S. 244) hier von Workfare als einer öffentlichen Form der Sklaverei spricht.

4 Die defensiven pragmatischen Mobilisierungen, die die angestammte Umgebung und ihre Qualitäten verteidigen, umfassen ein breites Spektrum: von umfassenden Mobilisierungen gegen Straßenbaupläne, Durchgangsverkehr oder umweltverschmutzende Industrien am einen Ende des Spektrums bis hin zu solchen, die nur für ihre privatistischen und ausschließenden Interessen mobilisieren. Ein interessantes Beispiel für letztere Variante war die Mobilisierung gegen die Entscheidung des Berliner Senats, ehemalige WagenburgbewohnerInnen von der East Side Gallery an den Rand von Spandau umzusiedeln. Spandauer BürgerInnen bildeten, mit der Unterstützung ihres Bezirksamts, eine Bürgerinitiative, veranstalteten Protestdemonstrationen und sammelten Tausende von Unterschriften, um das Abladen metropolitaner Armut und unkonventioneller Lebensformen in ihrem Hinterhof zu verhindern. - Anti-Gentrifizierungs-Kämpfe fanden vor allem in Großstädten wie New York, Paris, Amsterdam und Berlin statt. Am bekanntesten wurden die um den Tompkins Square Park auf der Lower East Side Manhattans Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre geführten Auseinandersetzungen, die von Neil Smith (1996) beschrieben wurden (vgl. auch FN 14). Sog. *Slow-Growth-* oder *No-Growth*-Bewegungen sind im *sprawl* von Los Angeles oder in den neuen Peripherien von Washington D.C. entstanden (vgl. die Serie „Growing Pains" in der Washington Post vom Herbst 1996/Frühjahr 1997).

5 Die Quantität der Studien lässt nicht auf die Quantität der Bewegungen schließen, sondern zunächst nur auf die Forschungsinteressen der AutorInnen. Einen Eindruck über Existenz und Aktionen solcher Bewegungen bspw. in den USA verschafft man sich eher über Zeitschriften wie *Everyone's Backyard. The Journal of the Grassroots Movement for Environmental Justice* (veröffentlicht vom Center for Health, Environment and Justice in Washington, D.C.).

6 Quartiere, in denen sich Minoritäten und Gruppen mit niedrigem Einkommen konzentrieren, werden oft gezielt als Abladehalde für industriellen und toxischen Abfall ausgesucht; vgl. Bullard 1990; Bryant/Mohai 1992.

7 Neben der ökonomisch relevanten Imagefunktion soll eine weitere Funktion von Großprojekten eine sozial integrative sein: Großprojekte sollen die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrer Stadt steigern. Faktisch handelt es sich jedoch meist um eine *Top-Down*-Strategie, die die Interessen der BewohnerInnen manipuliert.

8 Auch auf nationaler Ebene wird die Erosion des Wohlfahrtsstaats durch Globalisierungsprozesse, vor allem die des Finanzkapitals, vorangetrieben (vgl. Martin 1997; Teeple 1995).

9 Hier befinden sich sowohl die Institutionen, von denen sie abhängig sind, als auch der öffentliche Raum, in dem sie sich bewegen können.

10 In Nordamerika spricht man von *new poor people's movements*, in Anspielung auf die Studie von Piven/Cloward von 1977 (Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail). Die Studie zeigte an Hand der Arbeitslosenbewegung der Weltwirtschaftskrise, der Bürgerrechtsbewegung im Süden der USA und der von der National Welfare Rights Organization angeführten Bewegung der SozialhilfeempfängerInnen früherer Dekaden, dass Protestbewegungen armer Gruppen eher dann erfolgreich sind, wenn sie spontan, disruptiv und radikal auftreten, anstatt sich um dauerhafte nationale Organisationen und berechenbare, moderate Konfliktrepertoires zu bemühen. Das Konzept *poor people's movement* betont damit - im Gegensatz zu anderen Ansätzen in der Bewegungsforschung - die Handlungsfähigkeit ressourcenschwacher Akteure.

11 Auch andere Formen der Gegenwehr gegen die im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit umgesetzten sozialpolitischen Abbauprogramme finden gerade in den Metropolen statt (vgl. Brecher/Costello 1994); auch globalisierungskritische Bewegungen setzen diese zunehmend auf ihre Agenda. Weil es sich hierbei jedoch nicht um spezifisch städtische Konflikte und Bewegungen handelt, bleiben sie in diesem Beitrag ausgeklammert.

12 In US-amerikanischen Städten, deren Konfliktstrukturen stärker von rassischen Konflikten überlagert und von sozialräumlicher Segregation geprägt sind als diejenigen europäischer Städte, nehmen diese Bewegungen immer wieder auch die Form von *Riots* an, wie bspw. 1992 in Los Angeles.

13 Wegen der Expansion des Finanzsektors und von Bürobauten wurden Gebäude zerstört, die für Wohnraum hätten nutzbar gemacht werden können.

14 Die Besetzung und Verteidigung des Parks wurde mit Parolen wie „Wohnen ist Menschenrecht" und „Gentrification is genocide" organisiert (Ferguson 1991, S. 25). Nachdem der Park 1991 geräumt und abgesperrt wurde, errichteten die Obdachlosen auf diversen leeren Plätzen in noch nicht gentrifizierten Stadtteilen östlich des Parks neue Hütten und Zelte, von denen sie immer wieder vertrieben wurden (vgl. FN 4).

15 In München und Hamburg erschienen 1993 die ersten deutschen Obdachlosenzeitungen. Seither gibt es in Deutschland ca. 30, in Europa ca. 60 Zeitungen (Honigschnabel 1996, S. 87). In nordamerikanischen Städten reicht diese Praxis bereits weiter zurück.

16 Der Berliner Senat beschloss 1991, keine weiteren Wagenburgen im Innenstadtbereich zu dulden. Am 7.10.1993 wurde die erste innerstädtische Wagenburg (Waldeburg am Engelbecken, 30 EinwohnerInnen) von etwa 900 PolizistInnen geräumt und nach Karow, an den Nordrand der Stadt, verfrachtet. Einige der BewohnerInnen veranstalteten, zusammen mit UnterstützerInnen, einen 16-tägigen Hungerstreik und eine Mahnwache vor dem Rathaus, begleitet von Flugblattaktionen an die ParlamentarierInnen, Besuch des Bürgermeisters, symbolischen Platzbesetzungen etc. (taz, 04.11.1993).

17 Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" unterstützt 180 Quartiere in mehr als 160 Städten bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungsansätze. Der Bund stellt jährlich 50 Mio. Euro zur Verfügung, weitere 50 Mio. kommen jeweils von Ländern und Gemeinden. Bereits vorher existierende lokale Handlungsansätze wie Quartiersmanagement werden seither durch das Bund-Länder-Programm aufgestockt (vgl. DIFU 2002; Alisch 2002).

18 Ähnliche Abstürze sind auch in der Berliner Trägerszene beobachtet worden, bspw. mit Kirchbauhof.

Literatur

Alger, Chadwick F. (1988): Perceiving, analyzing and coping with the local-global nexus. In: *International Social Science Journal* 117, S. 321-340.

Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen.

Bartelheimer, Peter/Freyberg, Thomas v. (1997): Neue Bündnisse in der Krise der sozialen Stadt - Das Beispiel der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt. In: Hanesch, Walter (Hg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen.

Becker, Jochen (Hg., 2001): bignes? Size does matter. Image/Politik. Städtisches Handeln. Kritik an der unternehmerischen Stadt. Berlin.

Blum, Elisabeth (Hg., 1996): Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen. Basel.

Body-Gendrot, Sophie (2000): Marginalization and political responses in the French context. In: Hamel, Pierre/Lustiger-Thaler, Henri/Mayer, Margit (Hg.): Urban Movements in a Globalising World. Thousand Oaks, S. 59-78.

Borzaga, Carlo /Defourny, Jacques (Hg., 2001): The Emergence of Social Enterprise. London.

Brecher, Jeremy/Costello, Tim (1994): Global Village or Global Pillage. Economic Reconstruction from the Bottom Up. Boston.

Bryant, Bunyan/Mohai, Paul (Hg., 1992): Race and the Incidence of Environmental Hazards. Boulder.

Bullard, Robert (1990): Dumping in Dixie: Race, Class and Environmental Quality. Boulder.

- (Hg., 1993): Confronting Environmental Racism: Voices from the Grassroots. Boston.

Castells, Manuel (1983): The City and the Grassroots: A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements. Berkeley.

- (1994): European Cities, the Informational Society, and the Global Economy. In: *New Left Review* 204, S. 8-32.

Clarke, Susan (1994): Rethinking Citizenship: The Political Implications of the Feminization of the City. Vortrag auf dem ISA World Congress in Bielefeld.

Cress, Daniel M./Snow, David A. (1996): Mobilization at the Margins: Resources, Benefactors, and the Viability of Homeless SMOs. In: *American Sociological Review* 61 (6), S. 1089-1109.

Della Porta, Donatella/Krisi, Hanspeter/Rucht, Dieter (Hg., 1999): Social Movements in a Globalizing World. London.

Di Chiro, Giovanna (1992): Defining Environmental Justice. Women's Voices and Grassroots Politics. In: *Socialist Review*, 22 (4), S. 93-130.

DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik, Hg., 2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt. Berlin.

diskus (1998): Bahnhöfe und Innenstadt. In: *diskus* 47 (1+2), S. 29-40.

Eick, Volker (2002): New Strategies of Policing the Poor. Vortrag bei der Konferenz „Cities as Strategic Sites" in Manchester.

Evers, Adalbert/Schulze-Böing, Matthias/Weck, Sabine/Zühlke, Werner (2000): Soziales Kapital mobilisieren. Gemeinwesenorientierung als Defizit und Chance lokaler Beschäftigungspolitik. Dortmund.

Fainstein, Susan/Hirst, Clifford (1995): Urban Social Movements. In: Judge, David/Stoker, Gerry/Wolman, Hal (Hg.): Theories of Urban Politics. London, S. 181-204.

Fehse, Wilhelm (1995): Selbsthilfe-Förderung - 'Mode' einer Zeit? Eine Prozeß- und Strukturanalyse von Programmen zur Unterstützung von Selbsthilfeaktivititäten. Frankfurt.

Ferguson, Sarah (1991): The Park is Gone. In: *Village Voice*, 18.06.

Fisher, Robert/Kling, Joseph (1993): Mobilizing the Community. Local Politics in the Era of the Global City. Newbury Park.

Friberg, Mats/Hettne, Bjorn (1988): Local mobilization and world system politics. In: *International Social Science Journal* 117, S. 341-360.

Gans, Herbert (1999): Workfare und die „wirtschaftlich Überflüssigen". In: Lang, Sabine/Mayer, Margit/Scherrer, Christoph (Hg.): Jobwunder USA - Modell für Deutschland? Münster, S. 239-251.

Honigschnabel, Klaus (1996): Straßenzeitungen in Deutschland und Europa. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9 (1), S. 87-89.

Hopkins, Elwood (1995): At the Cutting Edge: a Portrait of Innovative Grassroots Organizations in Los Angeles. In: *Critical Planning* 2 (Frühjahr), S. 39-60.

Huster, Ernst-Ulrich (1997): Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie: Veränderungen der Rahmenbedingungen für die soziale Stadt. In: Hanesch, Walter (Hg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen, S. 57-75.

Jacobs, Brian D. (1992): Fractured Cities. Capitalism, Community and Empowerment in Britain and America. London.

Jessop, Bob (1995): The regulation approach, governance and post-Fordism: alternative perspectives on economic and political change? In: *Economy and Society*, 24 (3), S. 307-333.

Keating, Dennis/Krumhoz, Norman/Star, Philip (Hg., 1996): Revitalizing Urban Neighborhoods. Lawrence, Kansas.

Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn (1998): Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics. Ithaca/London.

Keil, Roger/Ronneberger, Klaus (1994): Going up the country: internationalization and urbanization on Frankfurt's northern fringe. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 12, S. 137-166.

Klein, Naomi (1999): No Logo. Taking Aim at the Brand Bullies. New York.

Kling, Joseph/Posner, Prudence (1991): Breaking Chains. Social Movements and Collective Action. (=Comparative Urban and Community Research, Bd. 3). New Brunswick, N.J.

Knorr-Siedow, Thomas/Willmer, Walther (1994): Sozialverträglicher Umgang mit unkonventionellen, mobilen Wohnformen am Beispiel des Wohnens in Wohnwagendörfern oder Wagenburgen. Berlin.

Knox, Paul L./Taylor, Peter J. (Hg., 1995): World Cities in a World System. Cambridge.

Krämer-Badoni, Thomas/Söffler, Detlef (1994): Die Rolle der städtischen Bürgerinitiativen in Westdeutschland und Ostdeutschland bei der Ausprägung lokaler Demokratie (=Universität Bremen, Arbeitspapiere der ZWE Arbeit und Region, Nr. 13).

Krätke, Stefan (1995): Stadt - Raum - Ökonomie. Basel.

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M.